

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlicht zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt. Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Dörfgasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Einar Friedemann; in Penzig bei Herrn Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Erste Ausgabe werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-M. freibl., auschl. Träger. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R.-M. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 R.-M. 2. u. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-M. 3. gesp. Kleinzeile 0,45 R.-M. 4. Hinweife auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 R.-M. 5. Nachweise und Offertengebühr 0,20 R.-M. 6. Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gleich weit verbreitet in den Ortsschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Raufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 121 Freitag, den 28. Mai 1926 48 Jahrgang.

Der Luftverkehr Berlin-Paris eröffnet.

Antlicher Teil.

Volksentscheid.

Alle reichsdeutschen Personen, die in Waldenburg wohnen und seit dem 26. April 1925 ihr 20. Lebensjahr vollendet haben oder es noch bis 20. Juni 1926 vollenden, fordern wir hiermit auf, sich zur Teilnahme in unsere Wählerliste bis **Sonnabend, den 5. Juni d. J.**, in der **Natanzlei** zu melden. Wer die Meldung unterläßt, darf am Abstimmungstage nicht mit abstimmen. Waldenburg, den 26. Mai 1926. Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Heimbürgin betr.

Da die jetzige Heimbürgin des hiesigen Ortes ihr Amt infolge Krankheit niedergelassen beabsichtigt, macht sich eine **Neubesetzung** erforderlich. Personen, welche Interesse hierfür haben, werden gebeten, sich am **Spätestens bis 4. Juni ds. Js.** beim Unterzeichneten zu melden. Altstadt Waldenburg, am 26. Mai 1926. Der Gemeinderat. Nestler, Bürgermeister.

Am Mittwoch startete auf dem Berliner Flughafen in Tempelhof das erste nach Paris durchfliegende Flugzeug. In dem Berliner Stadtteil Neukölln kam es zu **sonnenscheinigen Ausschreitungen**. Die Zahl der Todesopfer der Münchener Eisenbahnkatastrophe beläuft sich auf **28 Tote und 150 Verletzte**. Der sächsische Staatshaushalt 1926 weist einen **Fehlbetrag von 15 Millionen Mark** auf.

Der internationale Gerichtshof in Haag erklärte sich gegen die **polnischen Enteignungen**. Die **Abrüstungskommission** hat sich auf unbestimmte Zeit **verlagert**. **Adel Krim** hat sich bedingungslos den Franzosen ergeben. Er soll in **Frankreich interniert** werden.

Das frühere Haupt der antisowjetischen Regierung der Ukraine **Petljura** wurde in Paris von einem politischen Gegner **erschossen**. Die **polnische Opposition** will sich nicht an der **Nationalversammlung** beteiligen. Waldenburg, 27. Mai 1926.

Gleich nach Pfingsten hat sich Reichsbankpräsident Dr. Schacht nach London begeben, um mit dem Generalagenten für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, und mit dem Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, über wichtige finanzielle Fragen zu verhandeln. Zweck und Inhalt dieser Besprechung werden von den amtlichen Stellen geheimgehalten, die natürliche Folge davon ist, daß in der internationalen Presse allerhand Gerüchte über die „Londoner Finanzkonferenz“ verbreitet werden. So brachten die „Times“ die aufsehenerregende Meldung, Dr. Schacht sei nach London gekommen, um dort wegen einer sofortigen Revision der Reparationsbedingungen und wegen der Rheinlandräumung zu verhandeln. Nach anderen Meldungen soll der Zweck des Besuchs des Reichsbankpräsidenten die Aufnahme von Anleiheverhandlungen sein. Ferner wird behauptet, daß es sich um die Hinauschiebung der Zinsenerhöhung handelt, die in Deutschland vorgesehen ist, sowie um den englischen Anteil an den Daweszahlungen, soweit er durch die Reparationsaufgabe auf die Einfuhr aus Deutschland überwiesen wird. Kurz um die 26prozentige Reparationsabgabe. England erhält, wie hinzugefügt wird, zur Zeit aus der 26prozentigen Abgabe einen höheren Betrag als wie nach dem Dawesplan vorgesehen ist.

Wie hierzu von unterrichteter Seite erklärt wird, liegt kein Grund vor, der Zusammenkunft des Reichsbankpräsidenten mit den englischen und amerikanischen Finanzmännern eine übertriebene Bedeutung beizumessen. Nach Ansicht der deutschen Regierung ist es eine Selbstverständlichkeit, daß auch bei dieser Gelegenheit die großen Finanzprobleme des Dawesplanes und besonders die sogenannte Transferfrage — d. h. die Ueberweisung der deutschen Zahlungen an die Gläubigerstaaten — erörtert werden. Bekanntlich

haben sich gerade bei der banktechnischen Durchführung des Dawesplanes erhebliche Schwierigkeiten, die jetzt offenbar durch die Londoner Besprechungen behoben werden sollen, herausgestellt. Wenn die „Times“ bemerken, daß die Zusammenkunft angesichts der verhältnismäßigen Stimmung in Paris von der deutschen Regierung zu einem Versuch der Revision des Dawesplanes gemacht werden soll, so ist diese Meldung unzutreffend. Die deutsche Regierung hat, wie von amtlicher Seite ausdrücklich versichert wird, gegenwärtig die Initiative zu einer solchen Revision nicht ergriffen. In der weiteren Meldung, die Zusammenkunft werde zu einem Vorstoß zugunsten einer beschleunigten Räumung der zweiten und dritten Zone benutzt werden, kann bemerkt werden, daß Deutschland bei jeder Gelegenheit, die sich irgendwie dazu bietet, auf die beschleunigte Räumung des noch besetzten Gebietes und auf die rasche Truppenherabminderung in diesem Gebiete hinarbeitet.

Danach dürfte also auf Seiten der deutschen Regierung nicht die Absicht bestehen, bei den gegenwärtigen Finanzbesprechungen in London eine Veränderung des Dawesplanes anzuregen. Allem Anschein nach ist sie der Auffassung, daß die Verhältnisse ganz zwangsläufig zu einer allgemeinen Revision der Reparationsbedingungen führen werden, ohne daß es dazu einer besonderen Initiative Deutschlands bedarf. Die mit den deutschen Zahlungsüberweisungen und den Sachlieferungen verbundenen Schwierigkeiten werden von Tag zu Tag größer, so daß die an der Reparation beteiligten Staaten schließlich von selbst eine grundlegende Aenderung des Dawesplanes in Erwägung ziehen werden. Am weitesten ist diese Entwicklung in Amerika gediehen. So stellt die führende amerikanische Finanzzeitschrift, das „Journal of Commerce“, fest, daß der Dawesplan undurchführbar sei und daß es höchste Zeit sei, ihn abzuändern oder vollständig zu beseitigen.

Nach dieser Forderung zu urteilen, macht man sich in Amerika schon ernstlich vertraut mit dem Gedanken einer Revision des Dawesplanes, wobei man allerdings nicht verpassen darf, daß es sich zunächst nur um allgemeine theoretische Überlegungen handelt. Von der Theorie bis zur Praxis ist noch ein weiter Weg, und es wäre deshalb doch sehr zu überlegen, ob es für Deutschland nicht förderlicher sein würde, wenn die Reichsregierung selbst die Initiative ergreife und auf diese Weise eine Beschleunigung der Entwicklung herbeiführen würde.

Kirche und Volksentscheid.

Eine Kundgebung des Kirchenrats. Zu dem bevorstehenden Volksentscheid über die von den Sozialdemokraten und Kommunisten geforderte Fünftenteilung wendet sich der Kirchenrat der evangelischen Kirchen der altpreussischen Union soeben an die Kirchengemeinden mit einer Kundgebung, in der es u. a. heißt:

„Es handelt sich für uns nicht um Parteien oder Politik. — Die evangelische Kirche steht über den Parteien und fällt sich fern von jeder politischen Stellungnahme —, sondern es handelt sich für uns allein um Forderung des christlichen Gewissens und des Wortes Gottes. Diese Forderungen erscheinen uns hier wie überhaupt vielfach in unserem öffentlichen Leben aufs bedenklichste gefährdet. Für sie jederzeit einzutreten, ist Pflicht der Kirche; durch die eigene Verarmung verbittert, in ihrer Hoffnung auf den Staat enttäuscht, haben viele das Gefühl für das Recht und die Gerechtigkeit verloren. Glaube und Treue werden erschüttert, die Grundlage eines geordneten Staatswesens untergraben, wenn einzelnen Volksgenossen ihr ganzes Vermögen völlig entschädigungslos weggenommen werden soll. Evangelische Christen, damit schließt die Kundgebung, laßt uns an der großen Verwirrung der Geister den klaren Blick, den festen Mut, das gute Gewissen bewahren, laßt uns festhalten an den heiligen Geboten Gottes in Wahrheit und Gerechtigkeit.“

Polens Niederlage im Haag.

Der Internationale Gerichtshof gegen die Enteignungen. Die Rechtswidrigkeit des polnischen Vorgehens gegen die deutschen Eigentumsrechte in Ostoberschlesien

ist jetzt vor aller Welt festgestellt worden. Der Internationale Gerichtshof im Haag hat in der bekannten Klage, die von der deutschen Regierung gegen die polnische Regierung wegen der Beschlagnahmen der Städtstoffwerke von Chorzow und der übrigen deutschen Eigentumsrechte in Ostoberschlesien angeklagt worden ist, seine Entscheidung dahin gefällt, daß in den Hauptpunkten der deutschen Klage stattzugeben ist. Die Beschlagnahme sei im Widerspruch zu der Genfer Konvention erfolgt. Lediglich in vier Fällen wurde die deutsche Klage abgewiesen.

Der Schiedsspruch ist deshalb von so außerordentlicher Bedeutung, weil er in den zur Klage stehenden Punkten nicht nur mit Ausnahme von vier unwesentlichen Fällen Deutschland vollkommen Recht gegeben, die Enteignung des Städtstoffwerkes Chorzow und von Großgrundbesitz für rechtswidrig erklärt hat, sondern weil er in der Bestimmung der Frage, was eine Liquidation ist, eine grundsätzliche Entscheidung dahin getroffen hat, daß jeder Eingriff in Privatvermögen, der mit dem Völkerrecht nicht vereinbar ist, eine Liquidation bedeutet, für die also Schadenersatz zu leisten ist. Dies ist eine grundsätzliche Entscheidung, die in ihren rechtlichen Nachwirkungen weit über die zur Verhandlung gestandenen Spezialfälle hinausgeht.

Deutsch die Saar immerdar!

Dr. Stresemann an die Saardeutschen.

Der Männergesangsverein Saarbrücken stattet zur Zeit der Reichshauptstadt einen viertägigen Besuch ab. Zu Ehren der Gäste veranstalteten der Berliner Sängerbund, sowie die landsmannschaftlichen Verbände Berlins einen großen Kommerz, bei dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann den Saarländern den Gruß des Reiches und der preussischen Regierung überbrachte. In seiner Ansprache versicherte der Minister zunächst, daß er hier nicht als Reichsaußenminister spreche, denn das Saarland sei nicht Ausland, es sei deutsches Gebiet. Mit aller Entschiedenheit wandte sich dann Dr. Stresemann gegen Ausstreuungen in bezug auf die Politik des Reiches in der Saarfrage. Man habe ihm vorgeworfen, er wolle durch Abtretung von deutschen Gemeinden geringfügige Vergünstigungen vom Feinde erkaufen.

„Für uns — so fuhr der Minister fort — sind die Deutschen an der Saar keine Anhänger an Kohlenbergwerken. Es ist selbstverständlich, daß die Politik der Reichsregierung darauf eingestellt ist, für die Zeit, wo noch fremde Besatzung in den Gebieten am Rhein ist, zu erstreben, daß die Besatzungsmächte verringert werde. Wir nehmen von den Saardeutschen das Gelübde entgegen, das sie in ihrem Trostlied aussprechen: „Und bricht die Welt in Scherben, uns sollt ihr nicht verderben!“. Von uns dürfen sie das Gelübde mitnehmen, daß wir nicht rufen werden, bis die Stunde der Wiedervereinigung gekommen ist.“

Dr. Stresemann schloß mit dem Ausruf: „Deutsch die Saar immerdar!“ Die Rede des Außenministers wurde von den Saarländern mit großem Beifall aufgenommen.

Die Saarländer bei Hindenburg.

Am Mittwoch vormittag wurden die Mitglieder des Männergesangsvereins Saarbrücken von dem Reichspräsidenten von Hindenburg in seinem Palais empfangen.

Der Vorsitzende des Vereins, Reichardt, gab in seiner Ansprache dem Gelübnis unverbrüchlicher Treue der Saarländer zu Heimat und Reich Ausdruck. Reichspräsident v. Hindenburg erwiderte mit herzlichsten Worten des Dankes und sprach die Hoffnung aus, daß das Saargebiet bald wieder als freier deutscher Boden mit dem Vaterland vereint sein werde.

Tragödie des marokkanischen Freiheitskampfes.

Abdel Krim soll interniert werden. Der heldenhafte Kampf der Marokkaner gegen die spanisch-französische Uebermacht nähert sich seinem